sonst anderes Kriegsmaterial einschließlich der durch die Ablieferung, Zerstörung oder Unbrauchbarmachung notwendig werdenden Beförderungen verboten sein soll, falls sie nicht von der Kommission vorher genehmigt worden ist. Die zu diesem Zwecke gegebenen Befehle sollten der Kommission vor dem 18. Mai mitgeteilt werden; sie sollten auch auf das Material Anwendung finden, das sich aus irgend einem Grunde im Besitz der Reichstreuhandgesellschaft befindet. Das Reichswehrministerium hat einen diesen Forderungen entsprechenden Befehl am 10. Mai erlassen; die erforderlichen Anweisungen für das im Besitz der Reichstreuhandgesellschaft befindliche Material sind vom Reichsschatzministerium am 11. Mai getroffen worden. Beide Anordnungen sind am 21. Mai zur Kenntnis der Kontroll-Kommission gebracht worden.

**Ein Gerücht.** Am Sonntag nachmittag verlautete in Paris gerüchtweise, der ehemalige deutsche Kaiser habe Selbstmord begangen. Dieses Gerücht ist amerikanischen Ursprungs. Man hält es in Paris für vollkommen unbegründet. Die Zeitungen haben das Gerücht mit keinem Wort erwähnt.

**Der Stand der Wiederaufbaufrage.** Im Wiederaufbauministerium in Berlin fand am Sonnabend eine Besprechung der beteiligten Reichsressorts mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern über den Stand der Wiederaufbaufrage statt. Der Vertreter des Wiederaufbauministeriums bei der Kriegslastenkommission in Paris, Wolf, erstattete Bericht über eine mit dem französischen Minister Loucheur in dieser Angelegenheit gehabte persönliche Besprechung. Es wurde mitgeteilt, daß Loucheur auf das in der deutschen Reparationsnote enthaltene Angebot der deutschen Regierung auf Lieferung von 25 000 provisorischen Häusern insoweit eingegangen sei, als er sich bereit erklärt habe, über die Lieferung von 25 000 Dauerhäusern zu verhandeln, zugleich habe er die sofortige Entsendung von Sachverständigen erbeten. Die Sachverständigen werden bereits in den nächsten Tagen nach Paris abreisen. Weiterhin wurde mitgeteilt, daß Minister Loucheur sich grundsätzlich mit der Zuweisung eines Abschnittes in den zerstörten Gebieten an Deutschland einverstanden erklärt habe, in dem Deutschland die erforderlichen Hoch- und Tiefbauten und die Aufforstungsarbeiten ausführen könne. Das Wiederaufbauministerium ist sofort mit dem Reichswirtschaftsrat wegen Benennung der Sachverständigen in Verbindung getreten, deren Aufgabe es sein wird, die Besichtigung des von französischer Seite noch näher zu bezeichnenden Gebietsteiles vorzunehmen und die ersten grundsätzlichen Verhandlungen mit der Gegenseite zu führen. — Aus Paris wird gemeldet: Das Komitee für den Wiederaufbau, das die Confederation Generale du Travail eingesetzt hat, um eine Organisation zu schaffen, die den Wiederaufbau fördert, wird in den nördlichen und östlichen Departements 30 öffentliche Versammlungen veranstalten, um die Bevölkerung aufzufordern, das den Delegierten übertragene Mandat zu bestätigen. Ministerpräsident Briand wird am Mittwoch die Leitung des Komitees empfangen, die ihm die Wiederaufbaupläne unterbreiten soll.

### Tschechoslowakei.

**Kongreß der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.** Gestern wurde im Repräsentationshause in Prag der Kongreß der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter dem Vorsitz des Abgeordneten Nemec abgehalten. Nach Erstattung von Referaten über Organisation und politische Angelegenheiten wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der sich die Sozialdemokratie prinzipiell für eine parlamentarische Regierung und gegen eine Beamtenregierung erklärt. Dann fährt die Entschließung fort: Die Sozialdemokratie weigert sich nicht, an der Regierung und der Verwaltung des Staates teilzunehmen und die Mitverantwortung für die Geschicke der Republik zu übernehmen. Sie kann mit den Bourgeoisieparteien solange keine gemeinsame Regierung bilden, als diese nicht den berechtigten wirtschaftlichen und sozialen Forderungen des tschechoslowakischen Volkes und den nationalen Forderungen der deutschen und der magyarischen Bourgeoisie Rechnung trägt. Sollten die bürgerlichen Parteien in ihrem Widerstande gegen die dringende Notwendigkeit der sozialen Entwicklung verharren, so würde die Sozialdemokratie Neuwahlen vorziehen. Des weitern wurde einstimmig eine vom Abgeordneten Stiven eingebrachte Resolution angenommen, in der das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß bei der gegebenen Situation mit einer Teilnahme der deutschen Sozialdemokratie an einer parlamentarischen Regierung nicht gerechnet werden könne, da sie ihre wirtschaftliche Taktik vollkommen vom nationalen Opportunismus bestimmen lasse. Ferner wurde eine Kundgebung der slowakischen und der karpatorussischen Delegation gegen die Autonomie der Slowakei und Karpatorußlands angenommen. Der Kongreß genehmigte schließlich ein Manifest an das arbeitende tschechoslowakische Volk, das auf die Gründung der kommunistischen Partei Bezug nimmt.

**Fortdauernder Metallarbeiterstreik in Prag.** Die Situation im Allgemeinen Metallarbeiterstreik, an dem in Prag 25 000 Arbeiter beteiligt sind, ist vorläufig unverändert. Am Montag beginnen Verhandlungen im Arbeitsministerium, um ein Einvernehmen herbeizuführen. Es besteht aber wenig Aussicht auf Beilegung des Streiks.

### Schweiz.

**Bei der eidgenössischen Volksabstimmung** über den neuen Verfassungsartikel, der den Bundesrat ermächtigt, Vorschriften über den Automobilverkehr zu erlassen, wurde dieser mit 202 950 gegen 134 402 Stimmen angenommen. Für die Regelung des Autoverkehrs waren bisher allein die Kantone zuständig. Ein zweiter Verfassungsartikel über die Gesetzgebung für die Luftschiffahrt wurde ebenfalls, und zwar mit 206 949 gegen 164 445 Stimmen angenommen.

### England.

**Drohender Streik der Londoner Straßenbahner.** Die „Agence Havas" berichtet aus London: Infolge des Streiks der Mechaniker des Elektrizitätswerks von Greenwich, das den Strom für die elektrischen Straßenbahnen von London liefert, sind die Streikenden durch arbeitswillige Mechaniker sowie Heizer der Marine ersetzt worden. Daraufhin wurde sofort die Arbeiterschaft der Straßenbahnen aufgefordert, sich über die Notwendigkeit eines Sympathiestreiks auszusprechen. Das Ergebnis der Abstimmung wird erst morgen bekannt werden; indes will der „Illustrated Sunday Herald" erfahren haben, daß die Mehrheit sich gegen einen Streik ausgesprochen hat.

## Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 23. Mai 1921.

—* **Mitteilungen aus der Ratssitzung vom 20. Mai 1921.**

1. Die dem Verkehr entzogenen Kleingeldgutscheine der Stadt Riesa, deren Aufbewahrung Schwierigkeiten bereitet, sollen nach Prüfung durch den Kassenrevisor im Gaswerk verbrannt werden.

2. Herr Lehrer Walter Mende hat seine Stelle gekündigt. Die Stelle soll ausgeschrieben werden.

3. Den städtischen Beamten und Angestellten soll in diesem Jahr Urlaub nach den Grundsätzen, wie sie für Staatsbeamte aufgestellt sind, gewährt werden.

4. Der Rat nimmt in Aussicht, die Gartenkolonie auch in diesem Jahre noch Allgemeinen i. B. zu lassen.

5. Bei dem Beschlusse des Stadtgemeinderates, Maßnahmen, gegen den Verkehr des Statuts, sich an dem Ausschuß zur Errichtung eines Ehrenmals für die Gefallenen zu beteiligen, abgeraten worden war, vermag der Rat Verwaltung nicht zu folgen, weshalb er beschlossen hat, das Genehmigungsverfahren einzuleiten.

6. Für die Kleinwohnungsfiedelung werden verschiedene Arbeiten vergeben.

Hierüber werden noch 41 Gesuche erledigt.

* * *

—* **Ehrentafelweihe.** Seinen dem Weltkriege zum Opfer gefallenen 9 Vereinsmitgliedern errichtete der Kriegerverein „König Albert" eine Ehrentafel, die gestern im Saale der „Elbterrasse" durch eine würdige, eindrucksvolle Feier ihrer Bestimmung übergeben wurde. Die Tafel stand inmitten einer Pflanzengruppe, aus der die umflorte Vereinsfahne hervorragte. Sie ist eine künstlerisch ausgeführte Eichenholzschnitzerei und trägt folgende Namen mit Angabe der Truppenteile und Todestage: Buchhalter Max Liepke, Schlosser Hermann Bobbert, Fabrikarbeiter Oskar Hahn, Gastwirt Albert Krumbe, Kaufmann Alfred Otto, Bürgerschullehrer Friedrich Berich, Handelsmann Emil Heinemann, Musikalienhändler Alfred Meyer und Fabrikarbeiter Oskar Menzer. Die Tafel wird im Vereinslokale einen Platz erhalten. Die Feier leitete der „Schubertbund" mit dem stimmungsvollen Gesange „Ueber den Sternen wohnet Gottes Frieden" ein. Der Vereinsvorsteher, Herr Fabrikarbeiter Seidel, begrüßte die Erschienenen, darunter auch Angehörige der Gefallenen. Er betonte, daß es der Verein für eine Ehrenpflicht gehalten habe, den Kameraden, denen es nicht vergönnt war, aus dem siegreichen Kampfe zu den Ihren zurückzukehren, aus Dankbarkeit und zur bleibenden Erinnerung ein Ehrenmal zu errichten. Zum ehrenden Gedenken erhoben sich die Anwesenden nach Verlesen der Namen von den Plätzen. Die Weihrede hielt Herr Pfarrer Friedrich. Nach Hinweis auf die Bedeutung der Feier, die eine Stunde der Wehmut, der Dankbarkeit und Treue für die Gefallenen sei, nahm er den griechischen Dichterspruch „Sag nicht, daß sie sterben deine Helden" zum Leitgedanken für seine weiteren gedankenreichen Ausführungen, ohne dabei die Wunden des Schmerzes von neuem aufzubrechen. Die lieben Gefallenen würden nicht nur in der Familie, auch im Vereine vermißt. Sie sind im Kampfe für uns gefallen. Alles wollten wir deshalb daran setzen, am Aufbau unseres darniederliegenden Vaterlandes mitzuhelfen. Nach kurzen Bemerkungen über den stärkenden Gottesglauben weihte er die Tafel als ein Ehrenmal für die lieben Helden, als ein Zeichen der Dankbarkeit der Kameraden und des Gelöbnisses unverbrüchlicher Treue, nach ihrem Vorbild und in ihrem Geist zu wirken. Hierauf sang der Schubertbund „Bei still und klag es keinem". Mit Dankesworten schloß der Vorsteher die Feier.

—* **Kirchliches.** Wie manche andre Kirchgemeinde, so wird nun in absehbarer Zeit auch die Riesaer Kirchgemeinde neue Glocken bekommen. Da Bronzeglocken unerschwinglich sind, hat sich der Kirchenvorstand entschlossen, Stahlglocken zu beschaffen, und hat das um so getroster tun können, als ein Anhören gleich großer Stahlglocken in Dresden (Zionskirche) ihm die Gewißheit gebracht hat, daß Stahlglocken in der für die hiesige Kirche in Frage kommenden Größe an Klangschönheit den Bronzeglocken nicht nachstehen. Die Stahlglocken sind in Bochum bestellt und werden in einigen Monaten fertig sein.

—* **Jubiläum.** Am 24. Mai feiert der Lokomotivführer Herr Otto Wadewitz in Oschatz sein 25jähriges Jubiläum als 1. Vorsitzender der Ortsgruppe Riesa der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer. Zu Ehren des Jubilars wird die Gewerkschaft eine Festlichkeit im „Wettiner Hof" veranstalten.

—* **Kreditbeschaffung für notleidende Gemeinden.** Dem Sächsischen Landtage ist eine Regierungsvorlage zugegangen, in der er ersucht wird, zuzustimmen, daß die Regierung zur Hilfeleistung für notleidende Gemeinden und Bezirksverbände Staatsmittel bis zur Höhe von 100 Millionen Mark in Anspruch nimmt, wobei die Hilfe durch Uebernahme der Bürgschaft und nur ausnahmsweise durch unmittelbare Darlehnshingabe zu gewähren sein wird, wenn die Verwaltung des Ausgleichstocks dem Staate gegenüber Gewähr für Zinsen und Tilgung übernimmt, gleichviel ob der Staat das Darlehn selbst gibt oder nur bürgt.

— **Der 53. Verbandstag des Verbandes sächsischer Konsumvereine** wurde am Sonntag im Gewerkschaftshaus in Plauen durch den Verbandsvorsitzenden Barthel eröffnet. Der Tagung wohnte, wie die „L. N. N." berichten, als Vertreter der sächsischen Regierung Wirtschaftsminister Fellisch bei. Die staatlichen und städtischen Behörden Plauens, die Handelskammer, sowie die Landesstelle für Gemeinwirtschaft und andere Behörden und Körperschaften hatten Vertreter entsandt. Minister Fellisch verbreitete als Vertreter der Regierung sich über Wert und Bedeutung der Konsum-, Bau- und Siedlungsgenossenschaften. Er bezeichnete die Genossenschaftsbewegung als nationale Tat, die weit höher einzuschätzen sei, als die neuerdings häufig angezogene nationale Gesinnung. Dr. jur. K. H. Maier hielt einen Vortrag über die Steuergesetzgebung und die Konsumvereine unter besonderer Berücksichtigung der drohenden Landesgewerbsteuer. Die Tagung wird am Montag fortgesetzt.

— **Der Verband sächsischer Hausbesitzervereine** hielt gestern in Döbeln unter zahlreicher Beteiligung eine Tagung ab. Auf der Tagesordnung standen vier Vorträge über wichtige Angelegenheiten der Hausbesitzer und die neuen Gesetzentwürfe. Ueber den Verlauf der Sitzung berichtet der „Dresd. Anzeiger": Baumeister Roack (Dresden), Mitglied des Landtages und des Reichswirtschaftsrates, nahm in einstündigem Vortrage Stellung zu dem Reichsmietengesetz. Er besprach die einzelnen Bestimmungen und bemängelte ihre oberflächliche Fassung. Seine Ausführungen faßte er in einem Beschlußantrag zusammen, in dem das Reichsmietengesetz in der dem Reichstag vorgelegten Fassung grundsätzlich abgelehnt wird. Es heißt darin unter anderem: „Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, die wesentlich Schuld trägt, daß eine Wohnungsbautätigkeit heute unmöglich ist, wird durch das Reichsmietengesetz unabsehbar verlängert. Die allseitig geforderte und dringend notwendige Belebung der Bautätigkeit wird durch das vorgelegte Gesetz weiter unmöglich gemacht. Da aber eine sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft zweifellos neue Schwierigkeiten hervorrufen würde, erklären sich die sächsischen Hausbesitzer mit einem Reichsgesetz zur Regelung der Mietzinsbildung mit einer auf zwei Jahre beschränkten Geltungsdauer einverstanden, wenn in der endgültigen Gestaltung die Wünsche und Forderungen berücksichtigt werden, die in der Entschließung des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine am 20. März 1921 in Weimar aufgestellt sind. Gewerblich benutzte Räume und Gebäude sind nicht unter das Reichsmietengesetz zu stellen." Als Mitberichterstatter besprach Justizrat Dr. Wilde (Chemnitz) das Reichsmietengesetz vom juristischen Standpunkt aus. Bedenklich an dem Gesetze sei vor allem, daß es der Landesbehörde die Möglichkeit gibt, die Mieten im ganzen Lande nachzuprüfen. Das könne zu einer staatlichen Festsetzung der Mieten führen, die von der Sozialisierung des Hausbesitzes nicht mehr weit entfernt sei. Nach § 21 könne die Landesbehörde anordnen, daß die gesetzliche Miete für alle Verhältnisse gelten soll. Das sei Grund genug, alles daran zu setzen, dieses Gesetz zu Fall zu bringen. Auch für die Mieter enthalte es bedenkliche Bestimmungen, besonders die über Zulässige zu Instandsetzungen. Kommerzrat Paul, der neue Vorsitzende des Dresdner Hausbesitzervereins, sprach über das Mietengesetz und die Mietseinigungsämter. Er bezeichnete dieses Mietengesetz als eine Verewigung des Mietwucherzustandes, da es gestatte, daß die Wohnung im Zahlungsverzug des Mieters für eine Angehörigen begehrt, die gesetzlich Unbrauchbarkeit keine ab Mieter, daß der Vermieter ohne weiteres zu anderen bringen dürfe. Redner kennzeichnete eine Entscheidung gegen das neue Mietrecht. Landtagsabgeordneter Stadtrat Seyfert (Leipzig) nahm in einer kurzen Stellung zu dem Entwurf zum neuen Reichsgrundsteuergesetz. Er bedeute eine ungeheure Mehrbelastung der Hausbesitzer und damit auch der Mieter. Die neue Grundsteuer betrage z. B. 1124 Mark bei einem Grundstückswert von 60 000 Mark. Es wurde hierzu eine Entschließung beantragt, in der gegen die geplante hohe Grundsteuer schärfster Widerspruch erhoben wird und Abänderungsvorschläge gemacht werden. Der Verbandsvorsitzende Baumeister Schmidt (Dresden) gab wertvolle Aufklärungen und praktische Winke über das Brandversicherungs-Gesetz für Sachsen. Er wiederholte die Segnungen des neuen Gesetzes, das die Interessen der Versicherten hinreichend wahre, wenn auch nicht allen Wünschen habe entsprochen werden können. Allen Hausbesitzern legte er ans Herz, die Brandversicherungssumme zu prüfen und dafür zu sorgen, daß sie entsprechend erhöht werde, denn im Brandfalle würde sich die Unterversicherung schwer rächen. Nach längerer Aussprache über die Vorschläge wurden die drei Entschließungen einstimmig angenommen. Dann wurde ein Vermittlungsvorschlag des Vorsitzenden gegen eine Stimme angenommen, wonach der Gesamtvorstand berechtigt wird, zum Ausbau der Organisation nötigenfalls für 1921 den doppelten Jahresbeitrag zu erheben. Abends fand die Feier des 25jährigen Bestehens des Döbelner Vereins statt.

—* **Generalappell der deutschen Jäger und Schützen.** In Verbindung mit den Festtagen fand am Sonnabend, den 14. Mai, von abends 7 Uhr ab, im Paradiesgarten zu Zschertnitz eine vom Vorsteher des Militärvereins Jäger und Schützen zu Dresden, Kamerad Goldschmidt, geleitete Vertretersitzung statt, die von 34 Vereinen beschickt worden war. Außerdem nahmen teil Generalleutnant von der Decken, Major Demtani, die Hauptleute Ehrig und v. Römer und Oberleutnant von Erdmannsdorff. Der Antrag des Militär-Jägervereins zu Peine, alle Jäger- und Schützen-Militärvereine zu einem Reichsverbande zusammenzuschließen, wurde abgelehnt, da der Kartellverband der sächsischen Jäger und Schützen voll und ganz den Anforderungen entspricht, die Eigenart der sächsischen Verhältnisse wahrt und die Mitglieder voll befriedigt. Wegen der im Jahre 1909 errichteten Jubiläumsstiftung für die Mannschaften des Schützenregiments und der Jägerbataillone 12 und 13 erhält Dresden besonderen Auftrag. Bei Aussprache über die Errichtung eines Denkmals stellt sich heraus, daß nicht die Herren Offiziere, nicht die Militärvereine, sondern die losen Vereinigungen, die sich allerorts gebildet haben — auch in Dresden bestehen mehrere solcher Vereinigungen, sie sind aber mit dem Militärverein in keiner Weise verbunden — die stürmischen Dränger nach Errichtung eines Denkmals sind und sich bei Bewilligung von Geldmitteln vor die Militärvereine stellen. Die alten Jäger und Schützen verstünden wohl, die gefallenen Kameraden zu ehren, das beweise das Denkmal auf dem Friedhofe zu Villiers sur Marne, das erste deutsche Denkmal vor den Toren der französischen Hauptstadt. Ein den Traditionen der Jäger- und Schützentruppe entsprechendes Denkmal in würdiger vornehmer Gestaltung sei heute aber unter 1 Million nicht herzustellen, auch gewährten die politischen Verhältnisse keinen klaren Blick in die Zukunft. Einstimmig wurde beschlossen, von der Errichtung eines Denkmals zurzeit abzusehen. Den Brudervereinen wird es überlassen, ob sie Gelder hierzu sammeln und verwalten wollen. In den nächsten Jahren wird der Kartellverband auf diese Frage zurückkommen. Der nächste Generalappell soll 1923 in Zwickau abgehalten werden. Wegen Feststellung der Gedenktage aus dem Weltkriege 1914/18 konnte Endgültiges noch nicht festgelegt werden, da die 12er und 13er Reservejäger und das 25. und 26. Bataillon mit Angaben fehlten. Das Schützenregiment bestimmt den 2. 12. 1870 bei Villier sur Marne und den 30. 3. 1918 (Uebergang über die Avre bei Sauvillers); die 12er Jäger den 15. 8. 1914 bei Dinant; die 13er Jäger den 9. 5. 1915 (Loretto-Höhe). Ein Antrag Plauen i. V. auf Erweiterung der Freizügigkeit innerhalb des Kartells wurde nach eingehender Debatte aus finanziellen Gründen abgelehnt.

—* **Sperre für Pakete und Wertsendungen nach den Orten Oberschlesiens.** Wegen der durch die politischen Unruhen in Oberschlesien eingetretenen schweren Störungen des Eisenbahnverkehrs mußte die Annahme von Paketen und Wertsendungen nach dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet durch die Postanstalten bis auf weiteres eingestellt werden. Die unterwegs befindlichen Sendungen dieser Art werden zurückgeleitet und den Absendern wieder zugestellt. Von der Aufhebung der Sperre, die möglichst bald herbeigeführt wird, wird die Oeffentlichkeit rechtzeitig Kenntnis erhalten.

—* **Die erhöhten Personentarife.** Wie die Generaldirektion mitteilt, treten am 1. Juni d. J. gleichzeitig mit dem neuen Sommerfahrplan auch die erhöhten Personentarife in Wirksamkeit.

—* **Markenlose Frankierung der Postpakete.** Die Reichspostverwaltung hat durch neue Verfügung die markenlose Frankierung von Postpaketen und die Barzahlung der Frankierungsgebühr allgemein zugelassen. Es wird dabei gestattet, daß für Pakete von Firmen, die ein Postscheckkonto unterhalten, die Portogebühr durch Abbuchung von ihrem Postscheckguthaben entrichtet wird, nur muß sich die Firma einverstanden erklären, daß diese Abbuchung von ihrem Postscheckkonto geschieht, und sich verpflichten, stets ein angemessenes Guthaben zu unterhalten. Bei diesem Verfahren soll Barzahlung möglichst vermieden werden, denn der Zweck dieser ganzen Maßnahme ist ja gerade auf die Einschränkung des Geldumlaufes gerichtet. Das Verfahren der markenlosen Berrechnung der Portogebühren für Pakete kann auch nach dem Ausland verwendet werden. Die Paketkarten tragen statt der Freimarken einen roten Stempel „Gebühr bezahlt".

—* **Keine Elbtonnage für die Entente.** Wie verlautet, haben verschiedene Ententekommissionen bereits mehrmals die Elbe bereist, um die Schiffahrtsverhältnisse auf der Elbe zu studieren, vor allem aber um eine Uebersicht über die Elbtonnage zu erhalten und so eine Grundlage für die Ablieferung von Elbschiffen an die Entente zu gewinnen. Hierbei hat sich für die Sachverständigen die Tatsache herausgestellt, daß die Entente von der Elbtonnage fast nichts gebrauchen kann, da die Elbschiffe fast ausnahmslos Holzböden haben, während die Westlichen Eisenböden verlangen. Außerdem sind die Schwierigkeiten für eine Ueberführung von Elbschiffen so groß, daß sie als fast unüberwindlich betrachtet werden müssen. Infolgedessen dürfte sich wohl nur die Tschechoslowakei um die Elbtonnage bemühen, obwohl sie rechtlich keinen Anspruch auf Auslieferung deutscher Schiffe hat, wie bereits mehrfach bestätigt wurde. Die Tschechoslowakei verlangt in der Hauptsache Schlepper und Kähne, während sie für andere Schiffstypen wie Personendampfer kein Interesse an den Tag gelegt hat.

**Meißen.** Die „Pieper-Epidemie" herrscht in unseren heimischen Wäldern. In den Gebirgsforsten Oberes, Kroppen und Moritzburg begegnen sich alle Jungerin Sieferungen [illegible] Wege [illegible] Wälder [illegible] die [illegible]